

# **SPEECH**

Philip Lowe

Director General  
Directorate General for Competition  
European Commission

"Staatliches Handeln in der EU-Wettbewerbspolitik"  
FIW Symposium 2007

Innsbruck  
23 February 2007

## Einführung

Guten Morgen sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist eine Ehre und ein Vergnügen für mich, heute morgen zu Ihnen zu sprechen, nunmehr schon zum dritten Mal. Nachdem ich es im letzten Jahr nicht bis hierher geschafft habe, freue ich mich dieses Jahr ganz besonders auf die anschließende Diskussion mit Ihnen.

Mein – etwas abstraktes – Thema heute lautet "Staatliches Handeln in der EU-Wettbewerbspolitik".

Was hat aber nationalstaatliches Handeln mit EU-Wettbewerbspolitik zu tun?

Das EU-Wettbewerbsrecht gilt in erster Linie für Unternehmen. Artikel 81 verbietet wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Unternehmen. Artikel 82 wendet sich gegen die missbräuchliche Ausnutzung von marktbeherrschenden Stellungen durch Unternehmen. Die Fusionskontrollverordnung gibt den Beurteilungsmassstab für Zusammenschlüsse von Unternehmen vor. Und doch spielt staatliches Handeln in der EU-Wettbewerbspolitik eine ganz wichtige Rolle.

Die Mitgliedstaaten dürfen grundsätzlich keine Maßnahmen ergreifen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Eine Ausnahme davon gilt im Bereich der Daseinsvorsorge oder, anders gesagt, bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Hier sind auch gewisse Wettbewerbsbeeinträchtigungen gestattet, soweit dies für die Erbringung der betreffenden Dienstleistung notwendig ist. Ein Beispiel hierfür ist die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen

Rundfunks in Deutschland. Im ARD/ZDF-Beihilfenfall hat die Kommission anerkannt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringt und dass es legitim ist, diese aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. In der Einigung mit Deutschland hat die Kommission allerdings insbesondere darauf gedrungen, dass der öffentliche Auftrag der deutschen Rundfunkanstalten näher konkretisiert wird. So soll ausgeschlossen werden, dass andere Aktivitäten, die nicht unter die Daseinsvorsorge fallen, ebenfalls öffentlich finanziert werden.

Andererseits sind in manchen Bereichen, insbesondere in Netzwerkindustrien, bestimmte staatliche Eingriffe sogar notwendig, um den Wettbewerb im Übergang von den ehemaligen staatlichen Monopolen erst zu ermöglichen. In anderen Bereichen, in denen schon Wettbewerb herrscht, können durch staatliche Einflussnahme die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Die Mitgliedsstaaten sind die für die Kommission also manchmal Gegner, und manchmal Verbündete. Diese beiden Aspekte möchte ich nachfolgend behandeln.

### **Mitgliedstaaten als "Gegner"**

Manchmal muss die Kommission als Hüterin der Verträge Wettbewerbsrecht gezielt gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten durchsetzen.

### Artikel 86

Unser Eingreifen nach Artikel 86 ist dafür ein gutes Beispiel. Nach Artikel 86 Absatz 1 dürfen die Mitgliedstaaten in Bezug auf öffentliche Unternehmen oder auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine dem Vertrag widersprechenden Maßnahmen treffen oder beibehalten. Dies gilt

auch – oder vielleicht insbesondere – für die wettbewerbsrechtlichen Regeln. Absatz 2 beinhaltet die Ausnahme für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die ich schon eingangs erwähnt habe.

Die Kommission hat Artikel 86 zum letzten Mal Ende 2004 gegen die Bundesrepublik Deutschland angewendet. Damals schloss das deutsche Postgesetz private Postvorbereitungsfirmen von Preisnachlässen für die Übergabe von vorsortierten Briefen an die Sortierstellen der Deutschen Post aus. Dadurch waren die privaten Anbieter einem erheblichen Wettbewerbsnachteil ausgesetzt. Die Kommission stellte fest, dass die beanstandeten Bestimmungen gegen Artikel 86 in Verbindung mit Artikel 82 verstoßen, da sie bewirken, dass die Deutsche Post Postvorbereitungsunternehmen diskriminiert. Kurz darauf, im Februar 2005, hat das Bundeskartellamt der Deutschen Post aufgegeben, eben diese Diskriminierung sofort einzustellen. Durch das konzertierte Vorgehen der Kommission und des Bundeskartellamtes haben wir auf dem deutschen Markt gleiche Rahmenbedingungen für alle Postvorbereitungsfirmen geschaffen.

#### Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 81 und 82

Ganz ähnlich wie Artikel 86, nur indirekt, wirken Artikel 10 in Verbindung mit Artikel 81 oder 82. Nach der Rechtsprechung in Sachen Consorzio Industrie Fiammiferi (CIF), können und müssen auch nationale Wettbewerbsbehörden die Anwendung nationalen Rechts aussetzen, wenn dieses gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstößt. Im European Competition Network ECN ermutigt die Kommission nationale Behörden, nicht zu schüchtern zu sein und diese Befugnis auch aktiv zu gebrauchen. Ein Beispiel ist der soeben genannte Deutsche-Post-Fall: Das Bundeskartellamt konnte eine Untersagungsverfügung nach Artikel 82 bzw. § 19 GWB an die Deutsche Post richten, obwohl deren diskriminierendes Verhalten

eigentlich vom deutschen Postgesetz gedeckt war. Das Bundeskartellamt hat sich jedoch darüber hinweggesetzt, weil zumindest seit der Kommissionsentscheidung in dieser Sache feststand, dass die betreffenden Bestimmungen gegen das Europarecht verstoßen.

### Artikel 21 Fusionskontrollverordnung – Die "National Champions"-Debatte

Ein weiteres wichtiges Instrument für Vorgehen gegen staatliches Handeln zum Schutze der Wettbewerbspolitik ist Artikel 21 der Fusionskontrollverordnung. Diese Vorschrift ist derzeit im Rahmen der "National Champions"-Debatte in aller Munde. Nach Artikel 21 ist allein die Kommission dafür zuständig, Zusammenschlussvorhaben von gemeinschaftsweiter Bedeutung zu überprüfen. Wenn deshalb Mitgliedstaaten versuchen, wettbewerbsrechtlich unbedenkliche und von der Kommission freigegebene Zusammenschlüsse, aus anderen, nicht gerechtfertigten Gründen, zu vereiteln, dann kann und muss die Kommission eingreifen.

Ich bin immer noch davon überzeugt, dass nationaler Protektionismus nicht die richtige Antwort auf internationale Herausforderungen ist. Natürlich ist es verlockend, heimische Unternehmen vor Übernahmen oder insgesamt vor Wettbewerbsdruck zu schützen. Ich verstehe die politische Absicht, Arbeitsplätze im eigenen Land zu erhalten. Die protektionistische Herangehensweise ist jedoch spätestens auf mittlere Sicht zum Scheitern verurteilt. Übermäßiger Schutz macht Unternehmen nicht fit für den internationalen Wettbewerb, im Gegenteil. Und die europäischen Verbraucher zahlen dafür die Zeche.

Dabei muss ich gerechterweise anmerken, dass viele große internationale Übernahmen der letzten Zeit gänzlich ohne politische

Einflussnahme über die Bühne gegangen sind. Die Übernahme von BAA durch Ferrovial, von O2 durch Telefónica oder von KLM durch Air France sind nur einige Beispiele.

Leider gab es jedoch gerade im letzten Jahr genauso viele Gegenbeispiele staatlicher Interventionen. Das entschlossene Eingreifen der Kommission entweder auf der Grundlage des Artikels 21, oder nach den Binnenmarktregeln, zeigt, dass wir auch in Zukunft gegen jegliche nicht gerechtfertigte Einflussnahme dieser Art vorgehen werden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur einige Beispiele nennen:

- Bei der (geplanten, dann wieder aufgegebenen) Übernahme der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) durch Banco Bilbao Bizcaya Argentaria (BBVA) und der Übernahme der Banca AntonVeneta durch ABN Amro verzögerte die italienische Zentralbank die Abwicklung der öffentlichen Übernahmeangebote. Im Fall von BNL war außerdem ein konkurrierendes Übernahmeangebot einer italienischen Bank (Banca Popolare Italia) im Spiel, dem die italienische Nationalbank wohl gerne den Vorzug gegeben hätte. In beiden Fällen gab die Zentralbank ihren Widerstand nach entsprechenden Schreiben der Kommission auf.
- Im Fall E.ON/Endesa ist die Kommission bereits mit zwei Entscheidungen nach Artikel 21 gegen Spanien vorgegangen. Die spanische Energieaufsichtsbehörde hat den von der Kommission bereits im April 2006 freigegebenen Zusammenschluss von weiteren, ursprünglich sogar 19 Bedingungen abhängig gemacht. Bis jetzt hat die spanische Regierung die Bedingungen noch nicht alle zur Zufriedenheit der Kommission zurückgezogen. Gleichzeitig führt DG MARKT ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Verordnung, die

die spanische Aufsichtsbehörde just einige Tage nach Bekanntwerden des Übernahmeangebots von E.ON mit neuen Überwachungsfunktionen ausstattete. Beide Dienste, DG WETTBEWERB und DG MARKT, werden ihre Verfahren weiterführen, bis alle nicht gerechtfertigten Hindernisse für diese grenzüberschreitende Transaktion aus dem Weg geräumt sind.

- Letztes Jahr hat die polnische Regierung versucht, die Übernahme von HVB durch Unicredito zu verhindern, die die Kommission im Oktober 2005 ohne Bedingungen freigegeben hatte. Dazu berief sie sich auf ein Wettbewerbsverbot in einer Privatisierungsvereinbarung zwischen Unicredito und dem polnischen Finanzministerium, dem Unicredito sich unterwerfen musste, als es 1999 die polnische Bank Pekao erwarb. Auch in diesem Fall hat die Kommission ein Verfahren nach Artikel 21 eröffnet. Inzwischen haben sich die polnische Regierung und Unicredito gütlich geeinigt und die Kommission hat deshalb vorerst keine weiteren Schritte unternommen.
- Die Übernahme des italienischen Autobahnbetreibers Autostrade durch die spanische Firma Albertis wurde bereits im September 2006 von der Kommission freigegeben. Die italienischen Behörden weigerten sich jedoch, die Autobahnkonzession von Autostrade auf Albertis zu übertragen. Deshalb hat die Kommission im Oktober 2006 ein Verfahren nach Artikel 21 eröffnet und untersucht derzeit die Plausibilität der von den italienischen Behörden angegebenen Gründe für die Nichtübertragung. Inzwischen hat Albertis die Übernahmepläne – unter anderem aufgrund der durch die italienischen Behörden verursachten Verzögerung – zumindest vorübergehend aufgegeben. Die Kommission wird das Verfahren trotzdem weiter betreiben. Das ist eine Frage des

Prinzips: Mitgliedstaaten haben nicht das Recht, grenzüberschreitende Übernahmen aus protektionistischen oder anderen, rein politischen Gründen zu behindern. Die Kommission wird auch in diesem Fall ein Zeichen setzen, sollte sich herausstellen, dass Italien tatsächlich gegen Artikel 21 verstoßen hat.

### Staatliche Beihilfen

Schließlich ist in diesem Zusammenhang das grundsätzliche Verbot wettbewerbsverzerrender staatlicher Beihilfen zu erwähnen. Hier kontrolliert die Kommission die Vergabe öffentlicher Mittel an Unternehmen, um Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt zu verhindern.

Im Jahr 2005 hat die Kommission durch den Aktionsplan "Staatliche Beihilfen" eine Reform der Beihilfenaufsicht angestoßen. Das Motto ist: weniger, aber gezieltere Beihilfen. Mehr Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten – die Kontrolle der Kommission muss sich auf die Hilfen beschränken, die wirklich schädlich für den Wettbewerb sind.

Wie soll das ins Werk gesetzt werden? Dazu nur einige Beispiele:

- Im Dezember 2005 wurden neue Leitlinien für Regionalbeihilfen für die Jahre 2007-2013 erlassen. Hier wurde der Entscheidungsspielraum der Mitgliedstaaten erheblich erhöht.
- Im August 2006 sind die Leitlinien zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen in kleine und mittlere Unternehmen in Kraft getreten.
- Im Oktober 2006 hat die Kommission eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für regionale



Investitionsbeihilfen erlassen. Die Mitgliedstaaten müssen regionale Investitionsbeihilferegelungen, die die in der Verordnung festgelegten Voraussetzungen erfüllen, nicht mehr bei der Kommission anmelden.

- Im November 2006 hat die Kommission einen neuen Gemeinschaftsrahmen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und Innovationsprojekte angenommen. Dieser neue Gemeinschaftsrahmen soll den Mitgliedstaaten den Einsatz von staatlichen Beihilfen zur Förderung von derartigen Vorhaben erleichtern.
- Schließlich hat die Kommission im Dezember 2006 eine neue de minimis-Verordnung verabschiedet. Danach sind Beihilfen bis 200.000 € nunmehr vom Meldeverfahren freigestellt.

### **Mitgliedstaaten als Verbündete**

Eigentlich viel öfter aber sind die Mitgliedstaaten in der EU-Wettbewerbspolitik Verbündete der Kommission. Die Zusammenarbeit, ob informell und ad hoc, oder in eigens dafür vorgesehenen Verfahren, ist vertrauensvoll und kooperativ. Lassen Sie mich auch dafür einige Beispiele anführen.

### "Better Regulation"

Natürlich ist die Anwendung des Wettbewerbsrechts ex post immer noch unsere Hauptarbeit. Aber das ist nicht alles: Wettbewerbsfälle kommen manchmal zu spät. Der Schaden ist bereits angerichtet, Wettbewerber haben sich aus dem Markt zurückgezogen. Genauso wichtig ist es deshalb, den Regulierungsrahmen von vorneherein richtig auszutarieren, um ex ante vorzusorgen.

In diesem Zusammenhang machen wir zunächst unsere Hausaufgaben und schauen uns den EU-Rechtsrahmen an. Wettbewerbspolitik ist einer der Belange, den es bei neuer Rechtssetzung zu beachten gilt. Natürlich können andere Belange im Einzelfall dagegen stehen. Wichtig aber ist, dass, wenn Wettbewerb beschränkt wird, dies verhältnismäßig geschieht und nicht über das Ziel hinausschießt.

Genau die gleichen Grundsätze wenden wir an, wenn es um das Screening von nationaler Rechtssetzung geht. Wir haben uns vorgenommen, ein solches Screening in vielen Bereichen nunmehr systematischer durchzuführen, denn vielfach sind wettbewerbliche Probleme (auch) auf nationale Regeln zurückzuführen. Vielleicht das beste Beispiel dafür ist unsere Arbeit im Bereich der Freien Berufe. Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir im Februar 2004 einen Bericht zu diesem Thema veröffentlicht, der sich insbesondere mit der Regelungsdichte in den einzelnen Mitgliedstaaten und ihrem Einfluss auf die Wettbewerbsintensität auseinandersetzt. Unsere Diskussion mit den Mitgliedstaaten und Verbänden ist noch nicht abgeschlossen. Das Ziel ist jedoch, gemeinsam zu einer Modernisierung der anwendbaren Vorschriften hin zu mehr Wettbewerb zu kommen.

### Elektronische Kommunikation: der Artikel-7-Mechanismus

Eine besondere, institutionalisierte Form der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Bereich der "besseren Regulierung" gibt es in der Telekommunikation. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen mit dem EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und Dienste vertraut sind. Ich möchte ihn deshalb hier kurz skizzieren.

Die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte war eine richtige Erfolgsgeschichte. Ein gutes Beispiel dafür wie Liberalisierung auf

nationaler Ebene im Einklang mit europäischer Wettbewerbspolitik durchgeführt wurde. Deshalb soll die sektorspezifische Regulierung in diesem Bereich jetzt schrittweise zurückgenommen und die Aufsicht auf das allgemeine Wettbewerbsrecht umgestellt werden. Dazu dienen der soeben erwähnte EU-Rechtsrahmen und der sogenannte Artikel-7-Mechanismus.

In diesem Rahmen obliegt es den Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten, nationale Telekommunikationsmärkte nach den Prinzipien des Wettbewerbsrechts abzugrenzen und in einem zweiten Schritt zu bestimmen, ob es auf den jeweiligen Märkten einen oder mehrere Betreiber mit signifikanter Marktmacht – oder anders gesagt – mit einer marktbeherrschenden Stellung gibt. In einem letzten Schritt erlegen die Regulierungsbehörden den betroffenen Betreibern entsprechende ex-ante Regulierung auf, soweit dies nach den Prinzipien des europäischen Wettbewerbsrechts erforderlich ist. Die gesamte Marktanalyse – also Marktdefinition, Vorliegen einer marktbeherrschenden Stellung, eventuelle Regulierung – werden bei der Kommission, genauer gesagt, bei einer parallel in der DG WETTBEWERB und der DG INFOSO angesiedelten Task Force angemeldet. Die Kommission hat ein Vetorecht hinsichtlich der Marktdefinition und der marktbeherrschenden Stellung. Obwohl die Kommission seit Inkrafttreten des Rechtsrahmens erst 5 Vetoentscheidungen erlassen hat, geht von diesem Recht und dem ganzen Konsultationsmechanismus ein erheblicher Harmonisierungsdruck aus. So wird sichergestellt, dass in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der gesamte Regulierungsrahmen für Telekommunikation modernisiert, wo möglich zurückgefahren und den Prinzipien des allgemeinen Wettbewerbsrechts angepasst wird.

### Sektoruntersuchungen

Schließlich möchte ich auch die Sektoruntersuchungen nicht unerwähnt lassen, die eine ideale Gelegenheit sind, mit den Mitgliedstaaten im Blick auf eine bessere und effizientere Anwendung und Ausgestaltung des EU-Wettbewerbsrecht hinzuarbeiten. Die letzten beiden Sektoruntersuchungen in den Bereiche Energie und Finanzdienstleistungen haben dies wieder einmal deutlich gemacht.

Es sei zunächst gesagt, dass die Durchführung von Sektoruntersuchungen in dieser Form, Breite und Qualität ohne die Unterstützung der Mitgliedstaaten überhaupt gar nicht möglich wäre. Regulierungs- und Wettbewerbsbehörden entsenden Mitarbeiter, die für die Zeit der Sektoruntersuchung und danach in die Kommissionsteams voll integriert werden. Sie können sich vorstellen, dass wir für diese zusätzlichen Arbeitskräfte sehr, sehr dankbar sind! Aber auch darüber hinaus haben uns gerade die Regulierungsbehörden inhaltlich immens mit ihrer nationalen Sektorkennntnis unterstützt, z.B. bei der Erarbeitung der Fragebögen.

Durch die gezielteren Fragen konnten wir uns in beiden Bereichen, Energie und Finanzdienstleistungen, eine gründliche, vertiefte Sektorkennntnis erarbeiten. Das ist wichtig, weil wir, wie Sie wissen, bei unserer Fallbearbeitung immer mehr die ökonomischen Aspekte mit einbeziehen. Wir wollen genau nachvollziehen, wer profitiert, wer geschädigt wird und in welchem Ausmaß. Nur so können Prioritäten richtig gesetzt werden. Dabei behalten wir natürlich im Auge, dass die Ökonomie keine exakte Wissenschaft ist und ihre Grenzen hat. Keinesfalls darf es wegen der stärkeren Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte zu "Under-Enforcement" kommen. Deshalb lautet meine Devise: Ökonomie ja, aber mit Augenmass!

Aber nun zurück zur Rolle der Mitgliedstaaten: Zweitens haben wir beobachtet, dass die nunmehr üblich gewordenen Zwischenberichte ein guter Anstoß für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen uns

und den Mitgliedstaaten ist. Der Zwischenbericht zu Zahlungskarten und Zahlungssystemen ist ein Beispiel dafür: Wir führen zurzeit einen sehr nützlichen Dialog mit einigen Nationalbanken, die in den Mitgliedstaaten für die Aufsicht über die Zahlungssysteme zuständig sind. Nennen möchte ich in diesem Zusammen die österreichische, die portugiesische, die finnische und die irische Nationalbank. Wir sind noch nicht am Ende des Prozesses, aber es kann gut sein, dass wir einige der im Bericht aufgezeigten Probleme durch eine entsprechende Einflussnahme der Nationalbanken lösen können.

Schließlich können Sektoruntersuchungen auch den Dialog mit den Mitgliedstaaten als Teil des europäischen Gesetzgebers bereichern. Das sehen wir jetzt bei der Sektoruntersuchung in den Bereichen Strom und Gas. Auf der Grundlage des Abschlussberichtes vom 10. Januar 2007 wird die Kommission bestimmte Änderungen der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben für die Öffnung der Energiemärkte vorschlagen. Wie Sie wissen, soll dieser Rechtsrahmen in nächster Zeit überarbeitet werden. Mit den Erkenntnissen der Sektoruntersuchungen im Rücken kann die Kommission dem Rat – also den Mitgliedstaaten – gut durchdachte und solide argumentierte Vorschläge unterbreiten. So erscheint es zum Beispiel nach dem Abschlussbericht dringend erforderlich, den Interessenkonflikt zwischen Vertrieb und Netzbetrieb innerhalb vertikal integrierter Unternehmen zu lösen. Dies kann wahrscheinlich am besten durch eine vollständige strukturelle Entflechtung erreicht werden. Nur auf diesem Wege kann jegliche Form einer Bindung zwischen der Netzebene und den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsstufen unterbunden werden. Hierzu sind verschiedene Modelle denkbar, die in diesem ersten Halbjahr 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft intensiv diskutiert werden dürften.

Darüber hinaus sind wir für eine Verschärfung der Transparenzpflichten der etablierten Betreiber. Auch sollten die

überlieferten Kapazitätsrechte aus Monopolverträgen, die vor der Liberalisierung abgeschlossen wurden, beschränkt oder abgeschafft werden, sofern sie alternative beim Markteintritt behindern. Ferner sind gemeinsame Regeln für den Bau und die Verwaltung von Verbindungsleitungen zwischen den nationalen Netzen notwendig. Obwohl wir noch viele weitere Vorschläge auf Lager haben, möchte ich Sie hier nicht mit zu vielen Einzelheiten zum Energiewirtschaftsrecht langweilen! Bemerkenswert an alledem ist vor allem, dass wir durch die Sektoruntersuchung gut gerüstet für einen informierten Dialog mit den Mitgliedstaaten sind.

Was ist nun die Quintessenz meiner Aufstellung? Sind die Mitgliedstaaten in der EU-Wettbewerbspolitik eher Gegner oder Verbündete der Kommission? Ist ihr Handeln Hindernis oder Hilfe?

Sie ahnen es schon: darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Wie in einer Schaukelbewegung tasten wir uns langsam vor, mal den einen staatlichen Vorstoß bekämpfend, dann wieder auf die Hilfe eines anderen Mitgliedstaates zählend. Das ist schwierig und langwierig, und der Weg ist voller Kompromisse. Dieses "Schaukeln" hat jedoch einen großen Vorteil: Wettbewerbsrecht und -politik werden langsam und im Konsens weiterentwickelt. Und das ist, glaube ich, für die Akzeptanz auf der mitgliedstaatlichen Ebene immens wichtig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.